

BEM

Birlik Enformasyon Merkezi
Unity Information Center
Centre D`Information
Pressezentrale Einheit

Moltkestr. 45, 4100 Duisburg 1. Telefon: 0203/340395, Telefax: 0203/339229

Die Inhaftierung von ZK-Mitgliedern der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP) rief bei den Europäischen Parlamentariern eine heftige Reaktion hervor.

Es wird bei der Europäischen Menschenrechtskommission eine " dringliche Intervention " beantragt.

Duisburg (BEM- 30.Sept. 1989) - Am 22.Sept. kehrten Mitglieder der ZK der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (VKPdT), die jahrelang im Ausland in Exil gelebt haben, zurück. Auf Befehl des Staatsanwalts wurden die ZK-Mitglieder inhaftiert und haben keinerlei Kontakt zu ihren Anwälten erhalten.

Es wird bei der Europäischen Menschenrechtskommission eine " dringliche Intervention " beantragt, mit der Begründung, daß sie gefoltert wurden. Gleichzeitig telegrafierte die Parlamentarier aus den unterschiedlichen Fraktionen des Europa - Parlaments an den türkischen Ministerpräsidenten und den weiteren Mitgliedern der Regierung, in dem sie ihre Protesthaltung über die Inhaftierung der ZK-Mitglieder äußern.

Antrag an den Menschenrechtskommission

Als Mitglied der Straßbourger Rechtsanwaltskammer und Präsident der Demokratischen Juristen Vereins teilte der Rechtsanwalt Techel mit, daß er am Montag früh an den Vorstand der Europäischen Menschenrechtskommission einen Antrag übergeben wird. Weiterhin teilte Techel mit, daß von den in Ankara in Untersuchungshaft befindenen ZK-Mitgliedern, Ahmet Kardam und Şeref Yildiz, keine Nachricht erhalten wurde und deren Zustand Besorgnis erregend sei. Dieser Zustand bestätigt seine Annahme, daß die beiden Kommunisten gefoltert wurden.

Im weiteren teilte der französische Rechtsanwalt mit, daß der Europäische Menschenrechtskommission in solchen Fällen " dringliche Interventionsbefugnisse " haben und er werde sie hiermit auffordern, ihre Befugnisse zu gebrauchen.

Proteste von Europäischen Parlamentariern

Viele Parlamentarier in Brüssel forderten von dem Spanischen Sozialistischen Präsidenten des Europaparlaments auf, daß er sich über die Lage der ZK-Mitglieder mit der türkischen Regierung in Verbindung setzt. Außerdem haben Mitglieder der sozialistischen, kommunistischen und grünen Gruppen des Europaparlaments mit Telegraphen und Briefen Ministerpräsidenten Özal sowie Regierungsmitglieder aufgefordert, die Menschenrechte in der Türkei einzuhalten. Mit den gleichen inhaltlichen Forderung schickten diese Parlamentarier im Namen ihrer Fraktionen Telegraphen an Ministerpräsidenten Özal.

Antrag an den Europarat

Funktionäre der französischen Gewerkschaft CGT haben den Vorstand des Europarates und sein Sekretariat gefordert, sich für die Lage der ZK-Mitglieder einzusetzen. Sie haben die Kopien der dringenden Aktionsappell von Amnesty International und die Presseerklärung der Rechtsanwälte der ZK-Mitgliedern an den Vorstand und das Sekretariat des Europarates überreicht.

Es wurde den CGT - Funktionären mitgeteilt, daß der türkische Generalkonsulat in Straßbourg über die Lage informiert und gleichzeitig aufgefordert wird, über die Lage der ZK-Mitgliedern zu berichten.

Englische und dänische Parlamentarier:

Englische Arbeiter ^{Partei} und Europaparlament Abgeordnete, Richard Balfe, hat sich mit dem Ministerpräsidenten Özal über dieses Thema in Straßbourg ein persönliches Gespräch geführt. Im Gespräch brachte Herr Richard Balfe seine Besorgnis darüber, daß die ZK-Mitglieder gefoltert werden könnten. Daraufhin erhielt er von Turgut Özal die Antwort: " Ich habe von hier aus veranlaßt, daß sie mit ihren Rechtsanwälten sprechen dürfen ".

Der dänische Parlamentarier, Elmquist, der zugleich im Europaparlament die Funktion des Berichterstatters hat, stellte Turgut Özal über diesen Fall Fragen. Seine Fragen und die Stellungnahme von Özal wurde in den dänischen Rundfunk ausführlich gesendet.

Gleichzeitig telefonierten viele dänische Parlamentarier mit der Kanzlei des Ministerpräsidenten und mit dem Polizeipräsidium von Ankara und forderten die Behörden auf, informationen über die Inhaftierten zu geben.

Proteste in Griechenland

Über die Rückkehr der 8 Mitglieder der VKPdT, darunter vier ZK-Mitglieder, und deren Verhaftung nahm in der griechischen Presse folgende Schlagzeilen ihren Platz: " Demokratie mit Verhaftung ", " Begrüßung mit Verhaftung " oder " Empfang mit Handschellen ". Viele Mitglieder der Kommunistischen Partei Griechenlands und alle Gewerkschaften haben die Inhaftierung der Rückkehrer protestiert. Auf der anderen Seite wollten die Vertreter der Gewerkschaften, Anwaltskammer und der Demokratischen Vereine einen Protestbrief an den türkischen Botschafter in Athen überreichen. Die Botschaft hat diesen Brief abgelehnt, da " keine verantwortliche Person anwesend " sei.

Die Parlamentarier der Linken - Einheit der griechischen Koalitionsregierung Vasilis Efremidis, Mihalis Papayannis, Alekos Alavanos und Dimitris Desillas haben an den Vorsitzenden des Europaparlaments Enrico Baron Crespo einen Brief überreicht, dessen Inhalt sich mit Protestverhalten über die Inhaftierung der Rückkehrer befaßt. Darin heißt es weiter, daß der Vorsitzende des Europaparlaments sofort dagegen etwas unternehmen muß.

Proteste aus dem Berliner (West) Senat

Im Namen der SPD-Fraktion des Berliner-Senats hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Staffelt dem Ministerpräsidenten Turgut Özal die Besorgnis mitgeteilt, daß die Mitglieder der VKPdT gefoltert werden. Gleichzeitig teilt die SPD-Fraktion die Forderungen der von Amnesty International begonnenen Kampagne über diese Frage.

Die AL-Fraktionsvorsitzende Heidi Bischoff-Pflanz und die Stellvertretende Vorsitzende Hilde Schramm (AL) haben ein Protestschreiben geschickt. Die Gewerkschaft - GEW - Berlin verlangte per Fax von Turgut Özal die ordnungsgemäße Behandlung der Inhaftierten. Frau V. Arendt-Rojahn, Vizepräsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, forderte in einem Brief den Ministerpräsidenten Özal auf, zu gewährleisten, daß die Mitglieder des ZK der VKPdT mit ihren Rechtsanwälten und Familienangehörigen Kontakte aufnehmen.

Wolfgang Wieland, Vorsitzende von RAV, schickte an Turgut Özal ein Protestschreiben mit ähnlichem Inhalt.